Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50. Bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 193. **Montag** den 17. April 1893. **87. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Räume der Rechnungs- und Cassenverwaltung der Gasanstalten,
Kurprinzstraße 14, I. (Markthallen-Eckgebäude),
bleiben wegen vorzunehmender Reinigung,
Montag, den 17. April 1893,
geschlossen.

Des Raths der Stadt Leipzig
Deputation zu den Gasanstalten.

Oeffentliche Buchhändler-Lehranstalt.

Die Anmeldung der neueintretenden **Schüler** nehme ich entgegen in den Tagen vom 17.—22. April in der Zeit von **3—4 Uhr An der Pleiße 4, II.** (Centralhalle, Promenadenseite). Vorzulegen ist das letzte Schulzeugniß. Dr. **Willem Smitt.**

Bekanntmachung.

Montag, den 17. d. M., wird hier Kl. Fleischerg. 5, pt., ein
Trichinenschau-Amt
eröffnet, woselbst alle hier eingeführten, untersuchungspflichtigen Fleischwaaren zur amtlichen Untersuchung gelangen. Geschäftszeit 8—11 und 4—7 Uhr.

Die vereinigten Trichinenschauer.

Der Staatsstreich in Belgrad.

* Auch heute gehen die Nachrichten über den Staatsstreich in Belgrad noch wirr durch einander, aber die Auffassung, der wir sofort Ausdruck gaben, daß Rußland, König Milan und Königin Natalie in Gemeinschaft mit den Führern der Radicalen und der Fortschrittler die gelungene Ueberraschung vorbereiteten, findet doch mehr und mehr ihre Bestätigung. Staatsrath Dokitsch, der gegenwärtige Ministerpräsident, hatte die Verhandlungen geleitet, er war bei Milan in Paris, und er und der Oberst Franassowitsch, der neuernannte Kriegsminister, hielten alle Fäden der Bewegung in der Hand. Merkwürdig ist nur, daß bei dem in Serbien bis ins Kleinste durchgeführten Spionagesystem das Geheimniß so sorgfältig bewahrt blieb, daß bis zum Augenblick des Umschwunges auf Seite der bedrohten Liberalen Niemand davon Kenntniß erhielt. Der alte Ristitsch, einer der bisherigen Regenten, galt bisher in Serbien als der größte Schlaukopf, aber auch er hat sich überlisten lassen, und der gewesene Minister des Innern, Gibarac, braucht wahrlich auf seine Organe nicht stolz zu sein.

In der ganzen europäischen Presse werden selbstverständlich die serbischen Ereignisse angelegentlichst besprochen, und großes Interesse bekundet in erster Reihe diejenige Oesterreich-Ungarns. Sie ist im Allgemeinen geneigt, in Milan, welcher sich des radicalen Staatsrathsmitgliedes Dokitsch als Vermittlers bedient und mit demselben kürzlich in Paris eine Unterredung gehabt habe, den geistigen Urheber des Staatsstreichs zu erblicken. Dieselbe Ansicht findet sich in vielen Pariser Blättern, wogegen die „Liberté", angeblich auf Grund sehr guter Nachrichten, dem widerspricht. Allgemein macht sich die Ueberzeugung bemerkbar, daß eine internationale Bedeutung den serbischen Vorgängen nur insofern beizumessen sei, als eine dort ausbrechende Revolution den allgemeinen Frieden auf der Balkanhalbinsel und in weiterer Folge auch noch über diese hinaus hätte gefährlich werden können, während jetzt die Rückkehr der serbischen Entwickelungen in ruhige Gleise zu erwarten stehe.

In der That ist bezüglich der auswärtigen Politik zwischen den sogenannten Liberalen in Serbien und den dortigen Radicalen so gut wie kein Unterschied; für beide ist die Anlehnung an die russische Schutzmacht der leitende Gesichtspunct, nur daß die Liberalen dabei eine größere Vorsicht in der Form zeigen; leider sehen in der Erhaltung der Orthodoxie und des orientalischen Wesens überhaupt, die Radicalen besonders noch in der Bewahrung altserbischer Lebensgewohnheiten und der Rückkehr zu möglichster Einfachheit der Staatseinrichtungen ihre Hauptaufgabe. Dabei verlangen die Radicalen allerdings eine wesentliche Betheiligung des Volkes bei den öffentlichen Angelegenheiten, während die sogenannten Liberalen eher als Conservative bezeichnet werden müßten. Die Fortschrittler, denen es aber an einer großen Gefolgschaft mangelt, tragen eigentlich einen kosmopolitischen Charakter zur Schau; sie verachten das slawisch-orientalische Wesen und möchten Serbien möglichst rasch, wenigstens äußerlich, den Anstrich eines westeuropäischen Staates geben. Der Gegensatz zu Rußland macht sie zu Anhängern Oesterreich-Ungarns. Schon hieraus ergiebt sich die Unwahrscheinlichkeit eines längeren Bestandes des neuen Ministeriums.

Wir lassen die neuesten vorliegenden telegraphischen Meldungen folgen:

Belgrad, 15. April. Die radicalen, heute ausgegebenen Blätter veröffentlichen überaus schwungvolle Artikel auf den König und die Dynastie. Die liberalen Blätter sind nicht erschienen. Vor den Häusern der Regenten und früheren Minister stehen noch immer Militairposten mit aufgepflanzten Bajonetten. Heute früh fuhr der König im offenen Wagen durch die Stadt und wurde allseitig mit großer Wärme begrüßt. Hervorzuheben ist, daß eine große Volksmenge gestern Nacht vor das Haus des russischen Gesandten Persiani zog und ihm Ehrungen bereitete. Persiani richtete eine Ansprache an die Menge, die aber in Folge übertäubender Zivrufe nicht verstanden wurde. Heute früh erschien Persiani beim König, ihm die Glückwünsche und die Sympathien des russischen Kaiserpaares bringend. Es steht fest, daß der Präsident des Staatsrathes und heutige Chef der Regierung, Dokitsch, bis letzten Montag in Paris bei dem Exkönig weilte, wo die letzten Puncte des Programmes vereinbart wurden. (Voss. Ztg.)

Belgrad, 15. April. Der Ministerpräsident Dokitsch erklärte in einer mündlichen Ansprache über das Programm der neuen Regierung, die Ursachen des vorgestrigen Ereignisses lägen in der durch die ungesetzliche, verfassungswidrige Haltung der Regentschaft und des Ministeriums Ayakumowitsch hervorgerufenen, gefahrvollen Lage. König Alexander habe durch eine energische, rettende That die Gefahr beseitigt, welche für das Land und die Dynastie aus der unnöthigen Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte und der Freiheiten des serbischen Volkes sich ergab. Er habe unabsetzbare Conflicte verhindert. Nachdem das Volk und die Armee die Uebernahme der Regierung durch König Alexander mit seltener Einmüthigkeit begrüßt haben, werde die Regierung nunmehr ihre ganze Aufmerksamkeit vorzugsweise auf die innere Politik, auf die Herstellung und Sicherung eines streng verfassungsmäßigen gesetzlichen Zustandes, der persönlichen und politischen Rechte, sowie der Besitzrechte der Staatsbürger richten, entsprechend den Absichten des Königs, der allen Ernstes ein Hüter und Schützer der Verfassung wie der Gesetze sein will. In diesem Bestreben werde die Regierung mit kräftiger Hand Ausschreitungen jeder Art und von welcher Seite dieselben auch kommen mögen, hintanhalten und Wiederholungen der bisher üblichen Rachacte im Voraus unmöglich machen. Die Wahlen zur Skupschtina, welche ohne jede Beeinflussung vorgenommen werden sollen, würden den ersten Beweis der ernsten Absichten der Regierung liefern. Hand in Hand mit der Durchführung dieses Grundsatzes gehe die Wiedereinrichtung des Finanzcredites. Die Ernennung Vaitich's zum Finanzminister, die Garantirung der persönlichen Rechte sowie des Besitzrechtes, die Festigung der staatlichen Zustände unter der eigenen Hand des Königs würden dazu beitragen, das Vertrauen des Volkes und des Landes zu der Finanzpolitik der Regierung zu erwecken, und dem Lande die Möglichkeit zu einem Aufschwunge bieten. Die volkswirthschaftliche Politik sei berufen, die Finanzpolitik zu ergänzen und auf gesunde Grundlagen zu stellen. Das Aufgeben der von den Liberalen beabsichtigten Freigebung des Tabaks, sowie die baldmöglichste Ratificirung des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn, wonach das Cabinet sich fügen und was einer der ersten Verathungsgegenstände der Skupschtina sein werde, solle dem Lande unter Vermeidung aller rechtlich Denkenden die Grundlage der zukünftigen realen inneren und Finanzpolitik geben. Bezüglich der äußeren Politik sei durch die politische und geographische Lage Serbiens dem Lande unter jeder Regierung, ohne Unterschied, der Weg strenge vorgezeichnet und die Pflege guter Beziehungen zu allen Staaten selbstverständlich. Gestützt auf das Vertrauen des Königs und des Volkes, werde die Regierung stets in erster Linie die materiellen Vortheile des Landes berücksichtigen, das auf lange Zeit hinaus nur die einzige Politik haben könne: Innere Festigung und finanzielle Gesundung.

Belgrad, 15. April. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, Nikolitsch, empfing sämmtliche Vertreter fremder Mächte. Die Stadt hat ihr alltägliches Aussehen wiedergewonnen, der Geschäftsgang ist der normale. In den nächsten Tagen wird ein allgemeiner Wechsel in den Präfecturstellen erwartet. — König Alexander wurde auch bei seinen heutigen Ausfahrten mit herzlichen Ovationen begrüßt. — Das „Amtsblatt" verkündet die Pensionirung der Regenten. König Milan telegraphirte heute dem Chef des Cabinets Dokitsch: „Ich gratulire zum vollendeten Werke. Wäre die Regentschaft noch länger geblieben, so wäre es ein Unglück für das Land gewesen." Der Exkönig wird morgen hier erwartet. — Gestern Abend erschienen bei dem früheren Ministerpräsidenten Ayakumowitsch, nachdem die Wachposten vor dessen Haus eingezogen worden waren, die Liberalen, um ihn zu begrüßen. Alsbald sammelte sich eine Volksmenge vor dem Hause, welche mit Pfeifen und Lärmen demonstrirte. Als die Gendarmerie die Ansammelnden gewaltsam zu zerstreuen suchte, wurde eine Cavallerie-Abtheilung dazu entsendet. Es sind Verhaftungen getroffen worden, um alle Ausschreitungen zu verhindern.

Wien, 15. April. Die „Politische Correspondenz" meldet aus Belgrad, besondere Genugthuung habe dort die Meldung des serbischen Gesandten in Wien, Simitsch, erweckt, dass Graf Kalnoky bei der Bekanntgabe des Regierungsantritts des Königs Anlaß genommen habe, den wohlwollenden Gesinnungen des Kaisers Franz Joseph für den König Alexander neuerlichen Ausdruck zu geben mit dem Hinzufügen, Oesterreich-Ungarn wünsche dem Könige eine glückliche Regierung. Aus allen größeren Orten Serbiens sind, wie dasselbe Blatt meldet, beglückwünschende Deputationen nach Belgrad unterwegs. Der König ist entschlossen, vor der Eidesleistung eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen zu erlassen. Die Regierung wird etwaigen Anträgen auf Anklageerhebung gegen das Cabinet Ayakumowitsch mit Entschiedenheit entgegentreten. Die Eltern des Königs werden bestimmt im nächsten Monat in Belgrad eintreffen. Milosch begiebt sich nach einem Curort ins Ausland, Petkowitsch zieht sich auf seine Güter ins Innere des Landes zurück.

Pest, 15. April. Auf die Interpellation des Abgeordneten Polonyi antwortete der ungarische Ministerpräsident, die Ereignisse in Serbien hätten wohl überrascht, aber keine Aufregung verursacht, auch auf dem Auswärtigen Amte nicht. Oesterreich-Ungarn lebe mit allen Balkanstaaten, also auch mit Serbien, auf gutem Fuße, behindere dieselben nicht in ihrer Entwickelung und bringe ihnen Wohlwollen entgegen. Andererseits nehme es aber keinen Einfluß auf deren innere Angelegenheiten. Auch auf die serbischen Angelegenheiten habe das Auswärtige Amt keinen Einfluß ausgeübt. Der allgemeine Friede werde durch die serbischen Ereignisse nicht gefährdet, daher seien auch keine besonderen Verfügungen im Interesse der österreichisch-ungarischen Unterthanen nothwendig. Sollten sich solche nothwendig machen, so werde nichts unterlassen werden. Polonyi erklärte sodann, diese Antwort zur Kenntniß zu nehmen.

Paris, 15. April. Der serbische Staatsstreich wird hier sehr günstig beurtheilt. Das „Journal des Débats" sagt, Milosch habe den französischen Gesandten geradezu für ein Mitglied der radicalen Partei gehalten. Das sei übertrieben, denn der Vertreter Frankreichs nehme in inneren Streitigkeiten eines fremden Landes nicht Partei, doch giebt das Blatt zu, daß man hier die Niederlage der Liberalen mit Vergnügen sehe. Der Exkönig Milan ist gestern Abend hier eingetroffen. Derselbe erklärte politischen Persönlichkeiten gegenüber, welche ihn aufgesucht, er habe von König Alexander Telegramme über die Vorgänge in Belgrad erhalten. Milan zeigte sich wenig überrascht über den Staatsstreich. Trotz seiner Versicherung, daß er sich nie mehr um Staatsgeschäfte kümmere, hält man ihn doch hier für den Urheber des Staatsstreiches.

Rom, 15. April. Der officiöse „Folchetto" widmet dem serbischen Staatsstreiche einen überaus ernsten Leitartikel; das Blatt meint, der Staatsstreich sei zweifellos vom Auslande ausgegangen und werde früher oder später vielleicht furchtbare Consequenzen haben. Der noch im halben Knabenalter stehende König sei den schweren Gefahren der Balkanpolitik nicht gewachsen.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig**, 16. April.

Die jetzt von verschiedenen Seiten gebrachte Nachricht, daß Herr v. Huene mit dem Reichskanzler über ein Compromiß in Sachen der Militairvorlage unterhandele, ist bisher von keinem der Betheiligten bestritten worden: Weder Herr v. Huene noch die officiöse Presse hat die Meldung als falsch bezeichnet, und die Sprache der Centrumsblätter ist ganz darnach angethan, sie zu bestätigen. Das Organ der conservativen Klerikalen Schlesiens, die „Schles. Volkszeitung" würde, wie wir schon mittheilten, ein Compromiß „mit Freude" begrüßen; und das mehr links stehende rheinische Centrumsblatt, die „Köln. Volksztg.", schreibt:

„Der Huene'sche Compromiß spukt weiter in der Presse. Nach dem „Rheinischen Courier" soll Herr v. Huene mit dem Reichskanzler vereinbart haben: gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit, 10000 Mann weniger als die von der Regierung geforderte Präsenzzahl, interimistische Bewilligung der Präsenzzahl. Dasjenige welcher Mehrheit Herr v. Huene dies vereinbart habe, wird auch hier nicht gesagt; ein Theil der Blätter singt aber an, die Sache ernster zu nehmen. Die „Nordd. Allg. Ztg." hofft noch immer, daß ein befriedigendes Ergebniß erzielt werde. Der Wunsch nach einer Verständigung wird in weiten Kreisen getheilt. Nach unserer Meinung hat die Regierung in völliger Verkennung der Lage nur wollen zu ihrer Verhinderung beigetragen. Man wird verschiedentlich auch denken, das Centrum habe gefehlt, indem es sich zu scharf und einseitig darauf steifte: die jetzige Präsenzstärke und weiter absolut nichts; es wäre für die Partei nicht allzu gefährlich gewesen, noch ein wenig mehr den militairischen Autoritäten zu vertrauen; es hätte schließlich sogar ein kleines Zerwürfniß mit seinen Wählern nicht scheuen dürfen, wenn es sich von der sachlichen Nothwendigkeit weiteren Entgegenkommens überzeugt hatte. Angesichts der Haltung des Reichskanzlers sind aber alle diese Verhaltungen gegenstandslos."

Inzwischen wird ein Act der preußischen Regierung bekannt, der ebenso wie die Berufung des Caplans Hitze auf den neuen Lehrstuhl für „Pastoraltheologie" in Münster als Abschlagszahlung an das Centrum betrachtet werden darf. Dem Orden der Weißen Väter ist nämlich die Erlaubniß zur Niederlassung in Preußen ertheilt worden. Vorgänge dieser Art machen es zur Zeit begreiflich, daß hier und dort schon davon die Rede ist, es sei außer der Aufhebung des Jesuitengesetzes die Forderung der Wiederaufnahme des Volksschulgesetzes aufgetaucht. So weit sind wir wohl noch nicht.

Der Bericht der Militaircommission, erstattet von dem klerikalen Abg. Gröber, ist Freitag Abend handschriftlich dem Bureau des Reichstags übergeben worden. Es ist ein sehr umfangreiches Schriftstück. Nach Feststellung des Berichts in der Commission steht der zweiten Lesung im Plenum nunmehr nichts mehr im Wege.

Die Streikbewegung in Belgien scheint ihren Höhepunct erreicht zu haben. Nach den neuesten Meldungen ist gestern die Hauptstadt Brüssel ruhig geblieben und nur an einer Stelle fanden starke Ansammlungen statt, dagegen werden aus dem Hennegau und aus Gent zahlreiche blutige Zusammenstöße gemeldet. Der socialistische Generalrath schickte Sendboten nach allen Richtungen hin aus, um eine weitere Ausbreitung des Ausstandes hervorzurufen, man glaubt jedoch nicht, daß ihm das gelingen wird. — Der Antrag Nyssens, welcher den belgischen Verfassungswirren ein Ende bereiten soll, lautet: „Es soll jeder 25jährige Belgier nach einjähriger Ansässigkeit in einer Gemeinde daselbst wahlberechtigt sein, wenn er durch das Wahlgesetz nicht als unwürdig erkannt ist. Eine Mehrstimme aber soll erhalten: 1) Nach dem 35. Lebensjahre, wer verheirathet oder verwittwet ist und Kinder hat und an persönlichen Staatssteuern wenigstens 5 Frcs. jährlich entrichtet oder von Berufs wegen steuerfrei ist (wie z. B. der Inhaber einer qualificirten Arbeiterwohnung, auf der keine „persönliche" Steuer liegt; 2) nach dem 25. Lebensjahre, wer entweder liegende Güter mit einem Katastererwerth von 2000 Frcs., auf der Grundlage des Cataströinkommens zu berechnen, besitzt, oder seit zwei Jahren 100 Frcs. Rente auf das Staatsschuldbuch oder auf Staatsschuldpapiere bei der Landesparcasse; 3) nach dem 25. Lebensjahre, wer wenigstens die Abiturientenprüfung bestanden hat oder ein Amt oder eine Stellung inne hat, welche die Absolvirung des Gymnasiums voraussetzt. Niemand soll mehr als drei Stimmen abgeben können und die Betheiligung an den Wahlen soll verbindlich sein." — Es liegen uns heute folgende neueste telegraphische Meldungen vor:

Brüssel, 15. April. Spät Nachts fanden noch mehrere ernste Zusammenstöße zwischen Polizei und Socialisten statt. In der Operonnierstraße wurde eine Barrikade errichtet, im Ganzen sind etwa 100 Verwundungen vorgekommen. Die neutrale Zone der Parlamentsgebäude, sowie die Straße vor dem Palais des Königs sind vollständig ruhig. Der Socialistenführer Volders hat sich vor dem Stadtgericht gestellt. — Der heutige Vormittag ist ruhig verlaufen, trotz der Zunahme des Streiks. Die Drucker schlossen sich heute Abend den Ausständigen an und es wird als sehr bemerkenswerth bezeichnet, daß auch diese sonst ruhigste Arbeiterclasse an der Bewegung theilnimmt. Die Nachrichten aus der Provinz lauten immer schlimmer. Die Streikenden werden durch zwecklose Einschreiten der Gendarmen aufgereizt und begehen dann Gewaltthätigkeiten, sobald sie einem Widerstand begegnen. — Trotz der Unruhen lud der König zahlreiche Senatoren, Deputirten, Minister und Großindustriellen zu einer Gardenparty ins Schloß Laeken bei Brüssel. Die Streikenden ziehen massenhaft dorthin. Die Eingeladenen werden verhöhnt und ausgezischt. Berittene Gendarmerie und ein Garde-Regiment patrouilliren in der Nähe des Schlosses.

Brüssel, 16. April. Der gestrige Abend verlief ruhig. In der Stadt sind keine ungewöhnlichen Banden mehr. In den Ortschaften des Streikgebiets finden zahlreiche Versammlungen statt. Jedoch wird aus keinem Orte ein ernster Vorfall gemeldet.

Der englische Unterhändler für die Kamerun-Abgrenzung, Sir Claude Macdonald, hat Berlin wieder verlassen und sich nach London zurückbegeben. Das ist wohl das sicherste Zeichen dafür, daß die Vorverhandlungen über die Grenzfrage zum Abschlusse gekommen sind. Es handelt sich hierbei um Herstellung einer Zollgrenze zwischen den dortigen deutschen und englischen Gebieten. Es ist, wie verlautet, gegründete Aussicht vorhanden, daß eine solche Abmachung zu Stande kommt. Wenn sich auch die Feststellung der eigentlichen politischen Grenze zwischen dem englischen Oelflußgebiete und dem deutschen Kamerun somit noch weiter aufs Ungewisse hinausschiebt, so würde mit der in Aussicht genommenen Zollgrenze doch schon ein nicht geringer Fortschritt eintreten. Zunächst wird die Zollgrenze ihre günstigen Folgen haben in Bezug auf die Zoll-Einnahmen; dann aber werden die erneuten Unterhandlungen über die Grenzfrage und die eingehenden Besprechungen über die Einzelfragen, in denen sich mehrfach eine Uebereinstimmung kundgab, dazu beitragen, eine spätere Verständigung zu erleichtern. Der dreijährige Stillstand der Grenzfrage hat die ganze Angelegenheit in die Gefahr einer vollen Versumpfung gebracht. Mit einer im Gebrauche befindlichen Zollgrenze bekommen beide Theile Gelegenheit, die Grenzfrage fernerhin auf rein sachlichem Boden zu prüfen.

Die Homerule-Debatte des englischen Unterhauses geht anscheinend ihrem demnächstigen Schlusse entgegen. Mr. Gladstone ist es sehr um möglichste Beschleunigung der Angelegenheit zu thun, und die entgegenstehenden Wünsche der Opposition würden sachlich nur dann zu verstehen sein, wenn Aussicht vorhanden wäre, daß bei einer Verschleppung der Behandlung der Bill die derselben günstige Parlamentsmehrheit abbröckelte und sich in eine Minderheit umwandelte. Darauf ist aber nach Lage der Dinge nur geringe Aussicht vorhanden, die Opposition würde daher, wenn sie gleichwohl einer obstructiven Taktik den Vorzug gäbe, dem Vorwurf nicht entgehen, daß sie sich von kleinlichen Gesichtspuncten leiten lasse. Sie dürfte um so weniger Veranlassung haben, sich diesem Vorwurfe auszusetzen, als ihr ja noch vollauf Zeit und Gelegenheit bleibt, ihre Ablehnung der Homerule-Vorlage in der denkbar schärfsten Weise auszusprechen und zu begründen. Zudem ist auch nach Annahme von Homerule im Unterhause das letzte Wort noch keineswegs gesprochen, da noch die Zustimmung des Oberhauses aussteht und diese für Gladstone so ohne Weiteres kaum zu erwarten sein wird.

Wie aus Warschau berichtet wird, sind dort allerlei Gerüchte über den Statthalter Graf Gurko im Umlauf, der plötzlich und zwar angeblich nach Frankreich abgereist sein soll. Nach einer Lesart war eine Erkrankung seines Sohnes die Ursache, nach einer anderen hätte sich der Gesundheitszustand des Generals selbst in der letzten Zeit sehr ungünstig gestaltet und man hege Befürchtungen in den leitenden russischen Kreisen, ob es möglich sein würde, ihn in seiner Stellung zu belassen. Naturgemäß knüpfen sich hieran Gerüchte über die Möglichkeit seines Rücktritts, die sich jedoch in keiner Weise controliren lassen.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 15. April. Die Worte des damaligen Kronprinzen, späteren Kaisers Friedrich III., daß die antisemitische Bewegung eine Schmach für unsere Zeit sei, waren von den Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg und Stöcker in der Reichstagssitzung vom 22. März als „gefälscht" und „apokryph" bezeichnet worden. Die Söhne des verstorbenen Stadtraths Magnus, an den der damalige Kronprinz diese Worte gerichtet hatte, haben daraufhin eine Eingabe an den Präsidenten des Reichstages, Herrn von Levetzow, gerichtet. In der Eingabe heißt es:

„Trotzdem bereits gerichtlich festgestellt worden ist, daß jene Worte, von denen auch uns unser Vater mehrfach Mittheilung gemacht hat, thatsächlich gefallen sind, haben wir uns seit jener Sitzung aufs Neue bemüht, einen weiteren Beweis dafür zu erbringen. Da die Herren Abgeordneten von Liebermann und Stöcker ihre Beschuldigungen an einer Stelle vorgebracht haben, wo sie durch die Immunität des Reichstages geschützt sind, so ist uns die Möglichkeit entzogen, auf Grund des § 189 des Strafgesetzbuches gerichtliche Schritte gegen sie zu unternehmen. Aus diesem Grunde und da die gedachten Beschuldigungen von der Tribüne des Reichstages aus vor dem ganzen Lande erhoben worden sind, dürfte unser Gesuch nicht unbescheiden sein, daß sie auch an derselben Stelle widerlegt werden. Demgemäß überreichen wir Euerer Excellenz in den Anlagen: ein Schreiben des Herrn Staatsministers v. Stosch vom 27. März 1893, die notarielle Erklärung des Herrn Dr. Gumbinner vom 8. April 1893, zwei Schreiben des Herrn Dr. Georg v. Bunsen vom 20. Juni 1880 bezw. vom 3. April 1893 mit der ergebenen Bitte: jenseit dieses vorliegende Schreiben, wie die oben citirten Briefe zur Kenntniß des Reichstages zu bringen."

Aus dem Schreiben des Staatsministers Stosch heben wir folgende Stelle hervor:

„Auf die gestellten Fragen kann ich nur antworten: Von der Unterhaltung Seiner kaiserlichen Hoheit des damaligen Kronprinzen mit dem Geheimen Commerzienrath Magnus nach der Sitzung der Victoria-National-Invalidenstiftung im Jahre 1880 bin ich nur Augen-, nicht Ohrenzeuge gewesen. Ich weiß nur, daß Herr Magnus unmittelbar nach Fortgehen Sr. Kaiserl. Hoheit, den ich bis zum Wagen geleitete, jenen Ausspruch des hohen Herrn, der die antisemitische Bewegung scharf verurtheilte, seinen Genossen erzählt hat. Nun erachte ich den verstorbenen Herrn Magnus für einen Mann, der ganz unter Stande war, so im Handumdrehen zu lügen und etwas Anderes in erster Sache zu berichten wie die anbedingte Wahrheit. Ich weiß, daß das geäußerte Urtheil durchaus den Ansichten weiland Sr. Majestät des Kaisers Friedrich III. entsprach, und ich kann hinzufügen, daß in den mannigfachen Unterredungen, welche ich mit meinem langjährigen Freunde, dem damaligen Kammerherrn von Normann, gerade über diese Sache gepflogen habe, die questionirte Aeußerung, als von Seiner kaiserlichen Hoheit gemacht, nie in Zweifel stand."

Ferner bezeugt Herr Dr. Moritz Gumbinner notariell, daß er als Zeuge jener Unterredung beigewohnt habe, und daß der Kronprinz hierbei die Worte brauchte, er habe während seiner Anwesenheit im Auslande dort von den hiesigen Vorgängen Kenntniß genommen und sich der Scham nicht erwehren können. Nach Schluß der Versammlung hätten ihm Stadtrath Magnus und Geheimer Oberregierungsrath Wulfsheim den vollständigen Inhalt des betreffenden Gesprächs mitgetheilt mit der Verpflichtung, über die Vorgänge nichts an die Oeffentlichkeit zu bringen. Die ohne sein Zuthun in der „Nat.-Ztg." damals stattgehabte Veröffentlichung habe den ihm gemachten Mittheilungen und seinen persönlichen Wahrnehmungen entsprochen. Endlich bestätigt G. v. Bunsen in einem Briefe aus Rom unterm 3. April 1893 den Inhalt eines von ihm am 20. Juni 1880 an Stadtrath Magnus gerichteten Briefes. Der Brief vom 20. Juni 1880 lautet:

„Gestern Abend nahm die Frau Kronprinzessin eine Gelegenheit wahr, von der „Judenhetze" und der „schönen Gesinnung" zu reden, welche die Juden an den Tag gelegt. Im Laufe dieses Gespräches habe ich dann der hohen Frau von Ihrer Absicht, das Lessing-Denkmal zu errichten, erzählt. Auf meine Aeußerung, daß gerade jetzt mir der Augenblick gekommen zu sein scheine, wo gar Mancher sich freuen würde, seine Gesinnung zu bekunden, und damit einer ebenso frechen als unerwarteten Agitation entgegen-